



Niederschrift

44. Sitzung Hauptausschuss
17. Oktober 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Sitzungseröffnung und Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

- 1.1 Vortrag des Polizeipräsidiums Karlsruhe zum Thema Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe
- 1.2 Handlungsschwerpunkte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Vorlage: 2023/1091
- 1.3 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Sicherheitskonzepts Innenstadt
Vorlage: 2023/1094

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigt fehlenden Stadträtinnen und Stadträte mit. Als besondere Gäste begrüßt er Frau Polizeipräsidentin Denner und Herrn Rapp vom Polizeipräsidium Karlsruhe. Zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 seien jeweils noch der Sportausschuss und Planungsausschuss eingeladen.

Unter TOP 14.1 gebe es einen Nachtrag zur Tagesordnung. Tagesordnungspunkt 14 werde heute – entgegen der Tagesordnung – lediglich nichtöffentlich vorberaten und dann zur öffentlichen Abstimmung in den Gemeinderat gegeben.

Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und erteilt Frau Polizeipräsidentin Denner das Wort.

Frau Polizeipräsidentin Denner stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die aktuelle Kriminalitätsentwicklung dar. Anschließend macht **Herr Lipp (Amtsleiter Ordnungs- und Bürgeramt)** ebenfalls anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen aus Sicht des Ordnungsamtes.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) stellt fest, nachdem im Jahr 2022 die Anzahl der Straftaten gesunken sei, könne man 2023 einen leichten Anstieg feststellen. Positiv sei, dass die Anzahl der Wohnungseinbrüche deutlich zurückgegangen sei. Gebe es Erklärungen, warum beim Raub die Zahlen etwas nach oben gingen? Gebe es Orte, die besonders herausstechen?

Betroffen mache die Meldung, dass die Anzahl häuslicher Gewalt gestiegen sei. Hier sei die Stadt bereits präventiv tätig. Die Situation am Werderplatz sei weiterhin schwierig. Vor einem Jahr sei die AG Werderplatz wieder eingesetzt worden. Sie wünsche sich, dass die versprochenen Berichte hierzu bald kämen.

Stadtrat Hofmann (CDU) meint, es gebe eine stärkere Verrohung der Gesellschaft und daher auch vermehrt Straftaten. Bedenklich sehe er angemeldete Kundgebungen, die ein Gefahrenpotential böten. Seine Fraktion sehe keine Steigerung bei der häuslichen Gewalt. Sehen müsse man aber, dass es immer mehr Fahrzeuge in der Stadt gebe, was einen entsprechenden Parkdruck mit sich bringe. Dieses Problem müsse man angehen.

Das Problem mit dem Werderplatz werde man weiter haben. Es wäre schön, wenn man die AG Werderplatz wieder einmal einberufe. Es gebe gute Ansätze, man müsse aber schauen, dass man vor Ort mit den Menschen Lösungen finde.

Stadträtin Melchien (SPD) freut sich zu lesen, dass unkonventionelle Lösungen gefunden wurden, beziehungsweise eine gute Zusammenarbeit vor Ort herrsche. Beim Werderplatz habe sie eine andere Einstellung als jetzt dargestellt werde. Die problematische Situation werde man nicht ganz in den Griff bekommen. Wichtig sei, dass man an dem Thema dran bleibe.

Ein Thema seien noch die sogenannten Systemsprenger, Jugendliche, die mehrfach straffällig werden. Inwieweit sei man gewappnet, einer steigenden Zahl an Jugendlichen zu begegnen? Bei der Stellenbesetzung des KOD sei schade, dass es innerhalb von vier Jahren nicht gelungen sei, geeignetes Personal zu finden. Könne man die Einsatzzeiten anpassen?

Zum Thema häusliche Gewalt habe sie eine Diskrepanz festgestellt. Frau Denner habe von einer steigenden Problematik gesprochen, auch dass die Fälle häufiger zur Anzeige kämen. Herr Lipp sprach von stagnierenden Fällen. Von den Frauenberatungsstellen habe man durchaus das Signal erhalten, dass die Probleme zunähmen, dass man häufiger beraten müsse. Diesem Problem müsse man sich stärker widmen.

Sorge bereite auch die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung, gerade im Hinblick auf die Anschläge in Israel habe sich die Sicherheitslage der hier lebenden Juden verändert.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) hat eine andere Sichtweise, was den Werderplatz angehe. Dort gebe es ein Alkoholverbot, seiner Meinung nach benötige man aber ein Drogenverbot. Das Alkoholverbot werde immer wieder ausgehebelt von den Menschen, die dort Alkohol konsumierten. Die Drogenszene sei offen, es greife niemand ein. Für die Menschen, die dort wohnten oder Geschäfte hätten, sei die Situation unerträglich. Die Szene habe sich verändert, viele kämen gar nicht aus Karlsruhe, sondern aus dem Umland. Dies müsse nochmal Thema im Gemeinderat sein. Wenn nötig, werde seine Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

Stadtrat Hock (FDP) sieht die Situation beim Werderplatz ähnlich wie Herr Cramer. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten in diesem Bereich nicht nur runde Tische sondern Lösungsvorschläge. Die Szene werde aggressiver. Als es dort noch den Polizeiposten gab, seien die Zustände nicht so wie jetzt gewesen. Er schlage vor, vor Ort einen Kommunalen Ordnungsdienst einzurichten mit drei oder vier Personen, die sich täglich um den Werderplatz kümmern. Dann könne man eine Lösung für die Bewohner und die Gewerbetreibenden vor Ort hinbekommen. Seine Fraktion werde bei den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag stellen.

Beim Friedrichsplatz stelle er fest, dass es mittlerweile eine Szene gebe, die auch dort nächtliche und Drogen konsumiere. Man müsse mehr Präsenz zeigen und dringend darauf achten, dass dieser Bereich nicht zu einem Problem werde.

Stadtrat Wenzel (FWJFÜR) findet es enttäuschend, dass Karlsruhe inzwischen nach Mannheim und Freiburg an Platz 3 der Kriminalität stehe. Frau Denner habe zu den Einbruchsdelikten von rivalisierenden Gruppen, von albanischen, nordafrikanischen Gruppen gesprochen. Auch er höre von Gastronomen, dass es eine gewisse Szene in Jugendgruppen gebe. Sei das tatsächlich so? Gebe es ein Problem in Karlsruhe?

Beim Werderplatz könne er sich ebenfalls eine Art Task Force oder einen Container, ähnlich wie am Bismarckplatz in Heidelberg, vorstellen. Auch der Friedrichsplatz sollte in Augenschein genommen werden. Genannt worden sei auch der Bereich um die Kleine Kirche. Könne das Thema Videoüberwachung in solchen Bereichen eventuell doch zum Tragen kommen?

Stadtrat Schnell (AfD) weist auf die Ausführungen der Polizeipräsidentin hin. Die Vorkommnisse bei der Kleinen Kirche habe man gut hinbekommen. Warum nicht auch am Werderplatz? Beim Friedrichsplatz müsse mehr Präsenz gezeigt werden. Vielleicht müsse der KOD seine Schwerpunkte anders setzen. Verwundert habe ihn die Aussage, das subjektive Sicherheitsempfinden habe sich nicht verschlechtert, mit Ausnahme vom Werderplatz. Es gebe jedoch eine Zunahme von 35 % von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Diese dramatische Entwicklung werde einfach unter den Tisch gekehrt.

Stadträtin Fenrich (pl) stellt fest, Karlsruhe habe einen Drogenkonsumraum, welcher eingerichtet wurde, damit sich die Drogenabhängigen unter hygienischen Bedingungen eine Spritze setzen können. Habe dieser Drogenkonsumraum Auswirkungen, was die Drogenkriminalität anbelange?

Beim Kolpingplatz habe sich eine Klientel gebildet, welches zu Unmut innerhalb der dort wohnenden Bevölkerung geführt habe. Sei der Kolpingplatz auch mit erfasst oder sehe man dort ein Gefahrenpotential, welches man erst einmal beobachten müsse, um die entsprechenden Rückschlüsse ziehen zu können?

Es mag sein, dass wenig Beschwerden von Seiten der Bürgerschaft kämen. Sie merke aber doch, dass gerade von viele älteren Menschen die Aussage komme, dass sie abends nicht mehr in die Stadt gingen. Man lese jeden Tag in den BNN von Straftaten, weshalb sie sich nicht vorstellen könne, dass das keine Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Bürger habe.

Sie unterstütze die Idee einer Task Force auf dem Werderplatz. Sie habe einen Haushaltsantrag auf Erhöhung von Stellen für den KOD gestellt. Es gebe Probleme, geeignetes Personal zu bekommen. Vielleicht könne man aber die Aufgaben so gliedern, dass man die hohen Anforderungen an das Personal nicht benötige und entsprechende Leute gewinnen könne.

Aufgrund der Angriffe der Hamas, habe es in Karlsruhe entsprechende Versammlungen gegeben. Wie gehe man damit um?

Frau Polizeipräsidentin Denner beantwortet die gestellten Fragen.

Zum Werderplatz führt sie aus, man habe einen verstärkten Anstieg der Rauschgiftdelikte festgestellt, weil man verstärkt kontrolliere und vor Ort sei.

Der Kolpingplatz sei bekannt. Es habe bereits Vor-Ort-Termine gegeben. Es sei dort aber eine andere Szene.

Die Innenstadt habe man immer im Blick, auch den Friedrichsplatz. Man sehe, wo man verstärkt mit konzeptionellen Einsätzen starten müsse.

Fakt sei, dass man einen Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt feststelle. Das bedeute nicht, dass die häusliche Gewalt an sich angestiegen sei. Auch müsse man feststellen, dass man seit einigen Jahren eine intensivere Bearbeitung bei häuslicher Gewalt habe. Es gebe umfangreiche Maßnahmen, auch in Zusammenarbeit mit der Stadt und den Hilfsorganisationen. Das habe dazu geführt, dass ein anderes Bewusstsein da sei und die Fälle stärker aufschlagen.

Thema Jugendkriminalität, Jugendbanden, sogenannte Systemsprenger: Man wisse, dass es solche Jugendliche in Karlsruhe gebe. Man sei aber eng mit dem Haus des Jugendrechts, der Stadt Karlsruhe, dem Jugendamt und den beteiligten Organisationen dran. Man kenne die Jugendlichen, habe sie aber unter Kontrolle und Beobachtung. Es gebe viele unter 14jährige, die nicht strafmündig seien, was ein großes Problem darstelle.

Herr Lipp (Ordnungs- und Bürgeramt) ergänzt, beim Werderplatz müsse man sich eingestehen, dass die Lage problematisch geblieben sei. Konkret müsse man schauen, wie es mit dem Alkoholverbot weitergehe. Man werte die Daten zusammen mit der Polizei aus. Aus seiner Sicht sei der Drogenkonsumraum nicht entbehrlich. Im Gegenteil, es sei der Versuch eines ganzheitlichen Ansatzes. Erkenntnis sei, dass es eine einheitliche, einfache Lösung nicht gebe. Auch die Überlegung einer Task Force mit konstanter Präsenz vor Ort sei ein Gedanke, den man prüfen werde. Das Problem des Personals habe er angesprochen. Man schaue, wie man zusätzliches Personalpotential akquirieren und auch Standards reduzieren könne. Im Bereich des KOD sei dies aber sehr schwer und problematisch. Man befinde sich in einem hochsensiblen Bereich, für den man sehr belastbare Mitarbeitenden benötige. Bezüglich der Einsatzseiten des KOD sei man der Überzeugung, dass man sehr gut und breit aufgestellt sei. Ein Nachdenken über andere Zeiten würde mehr Personal voraussetzen und es müssten Gespräche über die vereinbarten Dienstzeiten geführt werden.

Bei der häuslichen Gewalt könne man keine Zunahme feststellen, wohingegen der Umfang von Beratungen zugenommen habe.

Es gebe immer wieder Gespräche über Videoüberwachung. Es habe bereits konkrete Vorschläge gegeben. Der Gemeinderat habe sich jedoch dagegen ausgesprochen.

Den Kolpingplatz habe man im Blick, ebenfalls die derzeitige Versammlungslage, zusammen mit der Polizei. Hier lege man vor allem Wert auf Übersetzer vor Ort. Es gebe im Vorfeld Gespräche mit den Anmeldenden, in denen man sich darlegen lassen, was beabsichtigt sei. Über die Polizei bekomme man – soweit verfügbar – Informationen über die Personen. Wenn dann eine Gefahr von Straftaten bestehe, müsse man entscheiden, ob man es durch Auflagen regeln könne oder ob man verbieten müsse. Habe man aber keine Ansätze, dass Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestehe, müssen Versammlung bestätigt werden und können stattfinden.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die Zunahme von Sexualdelikten habe viel mit Kinderpornografie zu tun und nicht damit, dass irgendwelche Gruppen unter den Tisch gekehrt würden. Er bitte darum, die Sexualdelikte im nächsten Jahr differenzierter darzustellen in den verschiedenen Kategorien.

Auch bitte er Frau Denner, ähnlich wie im Bericht der Stadt, nächstes Jahr eine Fünf-Jahres-Reihe darzustellen. Zwar nähere man sich wieder den Vor-Corona-Zahlen an, aber es werde aus der Zahlenreihe nicht immer deutlich.

Herrn Lipp bitte er, nächstes Jahr die Statistik zu den Verkehrsunfalldelikten mit Fahrrad-fahrenden differenzierter darzustellen nach Gründen der Fahrradunfälle (Alkohol, Kollision mit Autofahrern usw.)

Beim Thema Carsharing habe man den starken Anstieg, weil man erstmals Carsharing-Parkplätze im öffentlichen Raum habe. Er nehme dies zum Anlass, mit der Regierungspräsidentin zu sprechen, ob man das Schild „Carsharing“ unter der Schwelle der eigentlichen Erlaubnis anbringen könne. Er treffe immer wieder Menschen, denen dieses Schild nicht bekannt sei.

Beim Werderplatz sei ihm wichtig, dass die Aussage nicht stimme, es kämen Personen von außerhalb nach Karlsruhe, die sich dann dort aufhielten. Der KOD leiste dort gute Arbeit. Auch die Ausführung, man müsse am Friedrichsplatz lediglich jemanden vom KOD hinstellen, dann werde alles gut, stimme so nicht. Er beobachte die Situation dort seit einigen Jahren. Man müsse sich überlegen, was man erreichen könne und was nicht. Es sei nicht befriedigend, er wolle nur auf die Begrenztheit der Möglichkeiten hinweisen.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) bittet darum, die Präsentation von Frau Denner zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Wann könne man mit einem Bericht von der AG Werderplatz rechnen?

Der Vorsitzende antwortet, er habe nachdem Bericht in der BNN darum gebeten, dass die verschiedenen beteiligten Stellen am Werderplatz die aktuelle Lage beschreiben. Das könne man zusammenfassen und dem Gemeinderat zur Verfügung stellen. Man müsse sich aber der Realität stellen, dass die Präsenz und auch die Arbeit des KOD vor Ort am Werderplatz nicht den gewünschte Erfolg gebracht habe. Man müsse sich noch einmal mit den einzelnen

Ergebnissen der verschiedenen beteiligten Dienststellen auseinandersetzen. Hierzu werde es auch eine Vorlage geben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Kenntnisnahme der Vorlage fest. Er bedankt sich bei Frau Denner und Herrn Lipp für die Präsentationen und die dahinterliegende Arbeit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
25. Oktober 2023